

Antrag der Fraktion Die Linke**Bremer Sozialticket**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. umgehend Maßnahmen zur Einführung eines Bremer Sozialtickets für den öffentlichen Personennahverkehr für die unter Punkt 3 beschriebenen Bürgerinnen und Bürger Bremens einzuleiten und umzusetzen;
2. sofort Verhandlungen mit der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) aufzunehmen, um einen Einführungsstermin zum 1. Januar 2008 zu garantieren;
3. als zugangs- und empfangsberechtigt Bürgerinnen und Bürger mit Hauptwohnsitz in Bremen anzuerkennen, die Leistungen nach SGB II – ALG II oder vergleichbare staatliche Hilfen zum Lebensunterhalt erhalten;
4. den Geltungsbereich des Bremer Sozialtickets für jeweils einen Monat innerhalb der Tarifzonen 100 (Bremen-Stadt) und 101 (Bremen-Nord) zu ermöglichen, wobei die Kosten 15 € pro Erwachsenen und 10 € für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nicht übersteigen sollen;
5. den Inhabern des Bremer Sozialtickets darüber hinaus den kostenlosen Besuch von städtisch geförderten Veranstaltungen zu ermöglichen, indem für diese je nach Bedarf bis zu 15 % der Besucherplätze reserviert werden.

Begründung:

Für viele Bremerinnen und Bremer ist das Fahren mit Bahn und Bus unerschwinglich geworden: ältere Menschen mit geringfügigen Renten, Menschen, die von den Hartz-IV-Gesetzen betroffen sind, Menschen in schlecht bezahlten Jobs an der Armutsgrenze. Bereits alltägliche Wege wie Einkaufen, Arztbesuche, Behördengänge werden so zum unüberwindlichen Problem, ebenso die lebenswichtige Pflege sozialer Kontakte über das unmittelbare Lebensumfeld hinaus.

Eine Fahrt zur Arbeitsagentur kostet heute zum Beispiel 4,20 €. Dabei stehen Empfängern von ALG II und Sozialgeld nach dem Regelsatz gerade einmal 18,11 € monatlich für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Verfügung. Das entspricht maximal vier Hin- und Rückfahrten. Ungeachtet dessen hat die BSAG bereits neue Tarifierhöhungen angekündigt. Ab dem 1. Januar kostet ein Einzelticket in der Preisstufe I dann 2,15 € statt 2,10 €, ein Monatsticket 43,50 € statt 42 €.

Wer arm ist, darf nicht vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Denn soziale Teilhabe und Mobilität sind eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben: Eingeschränkte Mobilität hingegen bedeutet zusätzliche soziale Ausgrenzung. Die Gesellschaft weist der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung einen hohen Wert zu. Die Bereitschaft zur Mobilität wird dabei vorausgesetzt. Das Bremer Sozialticket könnte einen wesentlichen Beitrag leisten, eine angemessene Mobilität bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern Bremens zu fördern und zudem eine wichtige Hilfestellung gerade auch für arbeitssuchende Menschen bieten.

Den von der Partei Die Linke in Bremen mit initiierten Bürgerantrag zur Einführung eines Sozialtickets haben bereits fast 4.000 Bremer Bürgerinnen und Bürger unterzeichnet. Was in anderen Kommunen, wie z. B. in Berlin, längst Realität ist, muss auch

in Bremen möglich sein. Die Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft erinnert die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in diesem Zusammenhang an ihren in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Vorsatz nach Einführung eines ermäßigten Sozialtickets. Dort heißt es: „Wir wollen mit der BSAG Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen . . . ein ermäßigtes Sozialticket einzuführen.“ (Koalitionsvereinbarung, Seite 49)

Das Land Bremen trägt eine hohe Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger. Unterstützung müssen dabei insbesondere durch Lebensumstände benachteiligte Menschen erfahren. Hier setzt das Bremer Sozialticket an, in dem es den Betroffenen Mobilität garantiert und ihnen den kostenlosen Zugang zu öffentlich geförderten Veranstaltungen der Kultur und des Sports ermöglicht.

Peter Erlanson und Fraktion Die Linke